Mitglieder der Initiative „Omas gegen Rechts" warnen vor „Neonazis und anderen Demokratiefeinden". Foto: Sascha Kopp

Scharfe Kritik

Die Initiative „Omas gegen Rechts" spricht sich gegen eine Wahl der AfD aus

Von Henri Solter

WIESBADEN. Die Bundestagswahl wirft auch in Wiesbaden weiter ihre Schatten voraus. Spätestens seit zahlreiche Wahlplakate die hessische Landeshauptstadt zieren, weiß jeder, es wird in Kürze gewählt. Für die Parteien bedeutet das gleichwohl, dass es in die härteste Phase des Wahlkampfs geht. Doch nicht nur die politischen Vertreter intensivieren nun ihre Bemühungen, möglichst viele Menschen zu erreichen. Denn auch die Wiesbadener Gruppe der Initiative „Omas gegen Rechts" haben in den letzten Wochen vor der Wahl ihr Engagement hochgefahren. Seit der vergangenen Woche haben die Wiesbadener Seniorinnen abwechselnd auf dem Mauritius-und dem Schlossplatz einen Stand aufgebaut, an dem sie sich gegen die AfD aussprechen. Sie wollen dort in regelmäßigen Abständen bis zum Wahltag Präsenz zeigen.

„Viel Zuspruch aus der Wiesbadener Politik"

Mit Flyern, Broschüren und sogar einem Buch mit dem Titel „Entschlossen die Demokratie verteidigen – gemeinsam die AfD zurückdrängen", üben die Seniorinnen scharfe Kritik am Wahlprogramm und der politischen Arbeit der AfD und ermutigen gleichzeitig Passanten, von einer Wahl der rechtskonservativen Partei abzusehen.

„Wir warnen eindringlich vor einem Votum zugunsten der AfD, weil es bei dieser Partei nicht darum geht, Fehlentwicklungen und Defizite in Staat und Gesellschaft aufzugreifen und alternative und vor allem machbare Lösungen aufzuzeigen", sagt die Wiesbadener Sprecherin, Irene Fromberger, die betont, dass es bei der Initiative nicht darum gehe, Werbung für die anderen Parteien zu machen. „Wir sind deutschlandweit vertreten. Auch bei uns gibt es Wählerinnen aller anderen demokratischen Parteien. Wir bekommen auch aus der Wiesbadener Politik viel Zuspruch", fügt Beate Booß hinzu.

Die Passanten nehmen die Omas ebenfalls weitgehend positiv auf. Viele bleiben stehen und kommen mit ihnen ins Gespräch. Dazu haben, laut Fromberger, sicherlich auch die neusten Entwicklungen rund um den anstehenden Bundesparteitag der AfD beigetragen. Wie berichtet, hat die Stadt Wiesbaden den Parteitag genehmigt, da sie ihn aus rechtlichen Gründen nicht verwehren darf. Die Zusammenkunft der Bundes-AfD soll am 11. und 12 Dezember im Rhein-Main-Congress-Centrum stattfinden. Auch dann wollen die sich die Omas wieder dagegen positionieren.